



Die Entscheidung der französischen Justiz, eine gerichtliche Untersuchung zum Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi einzuleiten, ist weit mehr als ein juristischer Routinevorgang. Acht Jahre nach der Tötung des Regimekritikers im saudischen Konsulat in Istanbul erhält einer der folgenreichsten politischen Kriminalfälle der jüngeren Zeit neue Dynamik – diesmal in Europa. Dass nun ein Untersuchungsrichter in Paris mögliche Verantwortlichkeiten bis in die höchsten Ebenen des saudischen Machtapparates prüfen soll, verleiht dem Fall eine neue politische und diplomatische Dimension.

Der Schritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Saudi-Arabien international weitgehend rehabilitiert scheint. Kronprinz Mohammed bin Salman, lange Zeit wegen des Falls Khashoggi isoliert, wird inzwischen wieder als zentraler geopolitischer Akteur behandelt – sei es im Kontext der Energiepolitik, regionaler Sicherheitsfragen oder milliardenschwerer Investitionsprojekte. Gerade deshalb besitzt die französische Entscheidung eine erhebliche Symbolkraft.

Ein Mord, der die Welt erschütterte

Jamal Khashoggi galt über Jahre als loyaler Insider des saudischen Establishments. Erst mit dem Aufstieg Mohammed bin Salmans entwickelte sich der Journalist zunehmend zu einem Kritiker des autoritärer werdenden Systems. In Kolumnen für die Washington Post warnte er vor der Repression gegen Dissidenten, der Ausschaltung innerer Machtzentren und der Konzentration politischer Kontrolle im Umfeld des Kronprinzen.

Am 2. Oktober 2018 betrat Khashoggi das saudische Konsulat in Istanbul, um Dokumente für seine geplante Hochzeit abzuholen. Er verließ das Gebäude nie wieder. Türkische Ermittler kamen später zu dem Schluss, dass ein eigens aus Saudi-Arabien eingeflogenes Kommando den Journalisten im Konsulat ermordet, zerstückelt und seine Leiche verschwinden ließ. Bis heute wurde der Körper nicht gefunden.

Die Brutalität des Verbrechens löste weltweit Empörung aus. Besonders brisant war dabei die Frage nach der politischen Verantwortung. Bereits 2021 gelangten amerikanische Geheimdienste zu der Einschätzung, dass die Operation auf höchster Ebene „genehmigt“ worden sei. Zwar bestritt Riad stets eine direkte Beteiligung des Kronprinzen, räumte jedoch ein, dass saudische Agenten verantwortlich gewesen seien.



Die Rolle der französischen Justiz

Der aktuelle Schritt in Frankreich geht auf mehrere Strafanzeigen zurück, die Menschenrechtsorganisationen seit 2022 eingereicht hatten. Darunter befinden sich unter anderem Reporters sans frontières (RSF), Trial International und Democracy for the Arab World Now – jene Organisation, die Khashoggi selbst kurz vor seinem Tod mitgegründet hatte.

Die Kläger berufen sich auf das Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit. Dieses erlaubt nationalen Gerichten unter bestimmten Voraussetzungen, schwere internationale Verbrechen unabhängig vom Tatort oder der Staatsangehörigkeit der Beteiligten zu verfolgen. In Frankreich betrifft dies insbesondere Delikte wie Folter, erzwungenes Verschwindenlassen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bemerkenswert ist vor allem die juristische Begründung der Pariser Berufungsrichter. Diese erklärten, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Mord Teil einer systematischen Repressionspolitik gegen saudische Oppositionelle gewesen sei. Damit öffnet sich theoretisch die Tür zu einer Einstufung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit – ein Schritt mit erheblicher politischer Tragweite.

Die schwierige Frage der Immunität

Ob es jemals zu einem Prozess kommen wird, bleibt allerdings offen. Die juristischen Hürden sind enorm. Zentral ist dabei die Frage der Immunität hochrangiger Staatsvertreter. Mohammed bin Salman ist faktisch der mächtigste Mann Saudi-Arabiens und de facto Regierungschef des Königreichs. Internationale Gerichte und nationale Justizsysteme tun sich traditionell schwer damit, aktive Staatsführer strafrechtlich zu verfolgen.

Bereits 2022 hatte die amerikanische Regierung erklärt, Mohammed bin Salman genieße als Regierungschef Immunität vor US-Gerichten. Diese Entscheidung sorgte damals international für Kritik, weil Präsident Joe Biden im Wahlkampf noch angekündigt hatte, Saudi-Arabien wegen des Falls Khashoggi zum „Paria“ machen zu wollen.

Auch Frankreich dürfte erheblichem diplomatischem Druck ausgesetzt sein. Paris pflegt enge wirtschaftliche und strategische Beziehungen zu Saudi-Arabien. Beide Staaten kooperieren in Energiefragen, bei Investitionen sowie in sicherheitspolitischen Dossiers des Nahen Ostens. Französische Rüstungskonzerne zählen zudem seit Jahren zu wichtigen Lieferanten des



Königreichs.

Europas Balance zwischen Werten und Interessen

Der Fall offenbart erneut ein strukturelles Dilemma westlicher Demokratien: den Konflikt zwischen Menschenrechtsrhetorik und geopolitischen Interessen. Nach dem Mord an Khashoggi reagierten zahlreiche westliche Regierungen zunächst mit scharfer Kritik. Unternehmen boykottierten Investorenkonferenzen in Riad, Politiker mieden demonstrativ den Kontakt zum saudischen Kronprinzen.

Doch dieser Zustand hielt nicht lange an. Spätestens mit der globalen Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gewann Saudi-Arabien als strategischer Partner wieder an Bedeutung. Hinzu kommt die zentrale Rolle Riads in regionalen Konflikten sowie bei internationalen Investitions- und Technologieprojekten.

Die internationale Rückkehr Mohammed bin Salmans verlief daher bemerkenswert schnell. Staats- und Regierungschefs empfingen ihn erneut offiziell, Wirtschaftsdelegationen kehrten zurück, und selbst vormals kritische Staaten intensivierten die Zusammenarbeit. Menschenrechtsorganisationen werfen westlichen Regierungen seitdem vor, wirtschaftliche Interessen über rechtsstaatliche Prinzipien zu stellen.

Gerade vor diesem Hintergrund besitzt die französische Entscheidung erhebliches Gewicht. Sie signalisiert zumindest, dass Teile des westlichen Rechtsstaats weiterhin bereit sind, die politische Verantwortung autoritärer Regime juristisch zu prüfen – auch wenn dies diplomatisch unbequem ist.

Ein Präzedenzfall mit begrenzter Reichweite

Die praktische Wirkung des Verfahrens könnte am Ende begrenzt bleiben. Selbst wenn französische Ermittler zu belastenden Ergebnissen gelangen sollten, wäre eine tatsächliche Strafverfolgung des saudischen Kronprinzen politisch und rechtlich äußerst schwierig. Wahrscheinlicher ist, dass das Verfahren vor allem symbolischen Charakter entfaltet.

Doch Symbole spielen im internationalen Recht eine zentrale Rolle. Der Fall Pinochet Ende der 1990er Jahre zeigte bereits, dass nationale Gerichte unter Berufung auf universelle Gerichtsbarkeit internationale Machtstrukturen zumindest zeitweise erschüttern können.



Auch damals galt die Vorstellung, ein ehemaliger Staatschef könne im Ausland juristisch belangt werden, lange als nahezu undenkbar.

Im Fall Khashoggi könnte die französische Untersuchung vor allem dazu beitragen, die Erinnerung an das Verbrechen politisch wachzuhalten. Für autoritäre Regime besteht die eigentliche Gefahr häufig weniger in einer unmittelbaren Verurteilung als in der dauerhaften internationalen Delegitimierung.

Die Entscheidung aus Paris markiert deshalb möglicherweise keinen juristischen Durchbruch, wohl aber eine politische Grenzziehung. Sie erinnert daran, dass selbst geopolitische Macht und wirtschaftliche Interessen die Frage individueller Verantwortung nicht vollständig verdrängen können. Gerade in einer Zeit, in der autoritäre Staaten weltweit an Einfluss gewinnen, besitzt diese Botschaft erhebliche Bedeutung.

Von Andreas Brucker